

KV-Nr.: 2411

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt)
aus 10 Blatt und ist vollständig
durchnummeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf
Vollständigkeit zu überprüfen.**

Meldung eines Ladendiebstahls

97s 348/00

Nr. 512266

An die Kriminalpolizei Staatsanwaltschaft

Straße:

Ort:

Bochum

Staatsanwaltschaft
Bochum

Eing. 04. JAN-2000

Anl. - Bd. -

Namens und im Auftrag der Firma

Superkauf

Handels GmbH

Am Großmarkt 2, 44654 Herne

Tel. 02323-15067 * Fax 15068

Firmenstempel/Telefon-Nr.

Der/die Beschuldigte hat am 03.01.00 um: 10.15 Uhr
im nebenstehenden Verkaufslokal gemäß der Zeugenaussage die nachstehend bezeichneten Waren entwendet bzw. durch Umzeichnung sich einen Vermögensvorteil erschlichen.

im Gesamtwert von: DM 41,63Polizei von Revier Nr.
wurde zugezogenPolizeitagebuch Nr. Telefon erstatte ich hiermit Strafanzeige bzw. stelle
Strafantrag.

Wir bitten um Nachricht über den Ausgang!

03.01.2000 C. Pietsch

Datum

Unterschrift Mitarbeiter

Beschuldigt:

MüllerPeter

Name

07.03.1952

Geburtsname

Krefeld

Vorname

deutsch

Geburtsdatum

44789Bochum

Geburtsort

Yorckstraße 52

Staatsangehörigkeit

02341 760112

Plz

Wohnort

Straße

Telefon

Nummer des Bundespersonalausweises, Reisepasses o.a.: 5062066672

Beruf:

arbeitslos

Zeugenaussage/Sachverhaltsschilderung mit Angabe der entwendeten Gegenstände/Austausch von Etiketten mit Preisangaben

Ich Pietsch, Claudia, geboren am 02.03.1973 in Marlwohnhaft in 44623 Herne, La-Roché-Straße 16 habe (als Verkäuferin
der Firma) folgenden Sachverhalt beobachtet:

Ich beobachtete, wie der oben genannte Kunde sich 1x Prissilla Paisly
Deofür 18,89 und 1x Prissilla Paisly Körperlotion für 22,79 DM in die
Taschentasche steckte. Nach der Kasse hat ich den Kunden mit ins Büro

Ort

Herne

Datum

03.01.00

Unterschrift des Zeugen

C. Pietsch

Erklärung des Beschuldigten

Ich gebe zu, dass der geschilderte Sachverhalt zutrifft.

Bei früheren Besuchen habe ich Waren im Gesamtwert von DM entwendet.Mir wurde bekannt gegeben, dass ich in allen Filialen
des Unternehmens für 1 Jahr Hausverbot habe!

Unterschrift

Kate Müller

Fangprämie DM 50,-
Vertragsstrafe DM 50,-
Insgesamt DM 100,-

Ich bin bereits, zur Abgeltung der durch den Diebstahl entstandenen Kosten
als Fangprämie/Vertragsstrafe nebenstehenden Betrag zu zahlen.bezahlt ☐ nicht bezahlt ☒

Unterschrift

Kate MüllerVerbleib der Gegenstände
(Zutreffende ankreuzen!)Die Ware befindet sich wieder
im Filialbesitz ☒Die Ware wurde nachträglich
bezahlt und mitgenommen ☐

Staatsanwaltschaft

Bochum, den 14.02.2000

9 Js 348/00

Vfg.

1)

Vermerk:

Unter der auf der Ladendiebstahlanzeige angegebenen Adresse ist der Beschuldigte Müller nicht mehr gemeldet. Eine neue Anschrift des Beschuldigten konnte bisher nicht ermittelt werden. Er soll jedoch am Amtsgericht Herne als Justizwachtmeister beschäftigt sein.

Der Vorgang ist aus der bisherigen Amtsanwalts-Abteilung nunmehr in die zuständige Abteilung 9 gegeben worden.

2)

Urschriftlich mit Akten

- in verschlossenem Umschlag -

dem Direktor
des Amtsgerichts

- **persönlich o. Vertr. i. Amt** -

in H e r n e

zur Kenntnisnahme übersandt.


Der Beschuldigte

Peter Müller,
geboren am 07.08.1952 in Krefeld,
zuletzt wohnhaft: Yorckstraße 52, 44789 Bochum,
deutscher Staatsangehöriger,

soll dort als Justizwachtmeister beschäftigt sein. Für die Mitteilung seiner derzeitigen Anschrift wäre ich dankbar.

3)

Am 01.03.2000


(Klümppel)

Oberstaatsanwalt

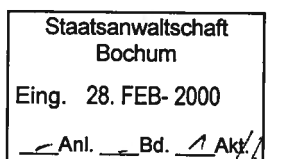


Der Direktor des Amtsgerichts

Amtsgericht Herne • Postfach 10 11 29 • 44602 Herne

An die
Staatsanwaltschaft Bochum

44782 Bochum



Friedrich-Ebert-Platz 1

44623 Herne

Telefon (02323) 14 08-0

Durchwahl (02323) 14 08-41

Telefax (02323) 14 08-55

Datum: 22.02.2000

Aktenzeichen (Bei Antwort bitte angeben)

VI S 29 (Dizi-II)

Betr.
Ermittlungsverfahren 9 Js 348/00

Bezug:
Zuschrift vom 14.02.2000

Wie mir aus Ihrer Zuschrift vom 14.02.2000 bekannt geworden ist, läuft gegen den hier beschäftigten Justizhauptwachmeister Müller unter dem o.g. Aktenzeichen ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Kaufhausdiebstahls. Der Beschuldigte wohnt jetzt unter der Anschrift

**Kaiserstraße 78,
44629 Herne.**


Hier ist der Verdacht entstanden, dass sich der Beamte auch wegen eines anderen Sachverhaltes strafbar gemacht haben könnte. Ich nehme insoweit Bezug auf die in der Anlage beigefügte Ablichtung des Schreibens der Rechtsanwälte Wulle und Partner in Düsseldorf vom 27.01.2000 nebst Anlagen und einer Ablichtung des Vermerks, den der Geschäftsleiter des hiesigen Amtsgerichts, Justizoberamtsrat Krause, unter dem 15.02.2000 gefertigt hat. Ergänzend weise ich auf Folgen- des hin.

Bereits im Rahmen der Vorermittlungen, die mit der Einleitungs- verfügung vom 27.05.1998 gegen den Beamten angeordnet worden waren, wurde festgestellt, dass es seit Anfang 1995 zu zahlreichen Zwangs- vollstreckungsverfahren gegen den Beamten gekommen war. Am 17.05.1999 hatte der Beamte die eidesstattliche Versicherung vor dem Amtsgericht Bochum abgelegt. Ein vor dem Amtsgericht Bochum unter dem Aktenzeichen 22 Cs 278/98 laufendes Strafverfahren wegen des Verdachts des Betruges zu Lasten eines Fernsehändlers, dessen Repa- raturkostenrechnung über 398,77 DM der Beamte nicht gezahlt hatte, wurde gemäß § 153 a StPO eingestellt, nachdem der Beamte die ihm auferlegte Geldbuße und auch die Reparaturkostenrechnung nebst weiterer Kosten bezahlt hatte. Die disziplinarrechtlichen Vorer- mittlungen wurden mit Verfügung vom 28.06.1999 ebenfalls einge- stellt.

Nachdem der Beamte Anfang 1999 seinen Wohnsitz von Bochum nach Herne verlegt hat, ist das Amtsgericht Herne gleichzeitig als Vollstreckungsgericht für gegen den Beamten laufende Zwangsvollstreckungsverfahren zuständig.

Mit Schreiben vom 27.01.2000 fragten die Rechtsanwälte Wulle und Partner aus Düsseldorf, die einen Gläubiger des Beamten in einem Zwangsvollstreckungsverfahren vertreten, nach dem Stand des Zwangsvollstreckungsauftrages, der am 13.08.1999 an das Amtsgericht Herne gerichtet worden sei. Am 07.02.2000 fragten die vorgenannten Rechtsanwälte telefonisch nach, ob das Schreiben hier eingegangen sei. Da Justizhauptwachmeister Dominik den Eingang nicht feststellen konnte, wandten sich die Rechtsanwälte an den Geschäftsleiter, der darum bat, dass das Schreiben per Fax noch einmal gesendet wurde. Als sich der Geschäftsleiter in der Wachtmeisterei befand, um das Fax entgegenzunehmen und nach dem Schreiben zu forschen, kam Herr Müller hinzu und bat - auf Fragen nach dem Verbleib des Schreibens - den Geschäftsleiter um ein Gespräch auf dessen Dienstzimmer. Er zog dann das Schreiben vom 27.01.2000 aus seiner Jackentasche und überreichte es dem Geschäftsleiter mit der Erklärung, er habe es schon früher aushändigen wollen. Der Beamte bestreitet, den Vollstreckungsauftrag vom 13.08.1999 bei Seite geschafft zu haben. SV

Da der Beamte als Mitarbeiter der hiesigen Wachtmeisterei zwangsläufig Zugriff auf die eingehende Post hat, insbesondere auf in der Wachtmeisterei eingehende Post für die Gerichtsvollzieher, die dort verteilt wird, habe ich zwischenzeitlich beim Oberlandesgericht Hamm beantragt, den Beamten an eine andere Behörde zu versetzen oder abzuordnen. Zudem habe ich erneut disziplinarrechtliche Vorermittlungen eingeleitet. Insoweit bitte ich, mir das Ergebnis ihrer Ermittlungen mitzuteilen. SV


(W e i c h e l t)

Vfg.

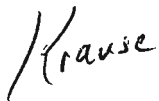
1. Vermerk:

Am 07.02.2000 hat das Büro der Rechtsanwälte Wulle und Partner bei der Gerichtsvollzieherverteilungsstelle (EJHW Dominik) tel. nachgefragt, ob ihr Schreiben vom 27.01.2000 dort eingegangen sei. Nachdem dieser dies verneint hatte, verlangte die Sachbearbeiterin mich als Geschäftsleiter zu sprechen. Da mir von dem vorgenannten Schreiben ebenfalls nicht bekannt war, wurde vereinbart, dieses nochmals per Fax zu senden.

Ich bin sodann in die Wachtmeisterei gegangen, um nach dem Verbleib des Schreibens vom 27.01.2000 zu forschen und um das Fax abzuholen. Als ich in die Angelegenheit mit dem Leiter der Wachtmeisterei EJHW Wolters erörterte, kam JHW Müller in die Wachtmeisterei (er hatte die Post geholt). Ich sprach ihn auf die fehlenden Schreiben an. Daraufhin bat dieser, mich in meinem Zimmer zu sprechen. Dort zog er sodann das Schreiben vom 27.01.2000 aus seiner Jackentasche und überreichte es mir. Er erklärte, er habe mir das Schreiben bereits früher aushändigen wollen.

2. Herrn
Direktor Weichelt

Herne, den 15.02.2000



(Krause)
Justizoberamtsrat

Staatsanwaltschaft
9 Js 348/00

Bochum, den 19.03.2000

Vfg.

1.

Urschriftlich mit Akten
dem Polizeipräsidium Bochum
- Polizeiinspektion Herne -


in H e r n e

mit der Bitte übersandt,

- a) den Beschuldigten Müller (Bl. 2 d.A., neue Anschrift Bl. 3 d.A.) im Hinblick auf die Tatvorwürfe Bl. 1 d.A. und Bl. 3 f. d.A. verantwortlich
- b) sowie die Zeugin Pietsch zum Tatvorwurf Bl. 1 d.A. zeugenschaftlich zu vernehmen.

3)

Am 20.04.2000


(Klümpp) 
Oberstaatsanwalt

Polizeiinspektion Herne

Eing.: 23. MÄRZ 2000

Sachbearb.:

Haftbefehl / Vorführbefehl

Tgb.-Nr.: 00239 

Polizeipräsidium Bochum
PI Herne

Dienststelle

Herne, 30.03.2000

Ort, Datum

Zeugenvernehmung

Auf Vorladung erscheint auf der hiesigen Dienststelle der/die

Familienname, Vornamen, Geburtsname PIETSCH, Claudia, geb. Vogel	
Beruf Verkäuferin	Geb.-Datum 02.03.1973
Geburtsort, Kreis, Land Marl	
Staatsangehörigkeit deutsch	
Wohnort, Kreis, Straße, Hausnummer 44623 Herne, La-Roche-Straße 16	

Ich bin jetzt als Zeuge vor meiner Vernehmung über den Inhalt der §§ 52 und 55 StPO eingehend belehrt worden.

Auch über das Zeugnisverweigerungsrecht wurde ich unterrichtet.

Mit den beteiligten Parteien bin ich

☐

verwandt oder verschwägert

☒

nicht verwandt oder verschwägert.

Ich will jetzt

☒

aussagen

☐

keine Aussage machen.

Mit mir wurde der Sachverhalt des Diebstahl zum Nachteil Fa. Superkauf Herne am 03.01.2000 gegen 10.15 Uhr noch einmal durchgesprochen. Dazu kann ich folgendes sagen:

Ich bin bei der Fa. Superkauf Herne als Verkäuferin beschäftigt.

Am 03.01.2000 beobachtet ich eine männliche Person, die in der Abteilung Körperpflege ein Deo der Marke „Prisilla Paisly“ für DM 18,89 und ein Körperlotion der gleichen Marke für DM 22,79 aus dem Regal nahm und sie sich in seine Jackeninnentasche steckte.

Die von mir beobachtete Person ging dann zur Kasse, die sie passierte, ohne zu bezahlen.

Ich habe die Person noch im Bereich hinter der Kasse angesprochen und ihn gebeten, mit in das Büro zu kommen. Dies tat die Person zwar widerwillig, aber ohne Gegenwehr. Dort habe ich die Diebstahlsanzeige ausgefüllt und von der Person unterschreiben lassen.

Mehr kann ich zu der gesamten Angelegenheit nicht sagen.

Geschlossen:

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

- Gorn, POM

Name/Dienstgrad

Claudia Pietsch

- Claudia Pietsch -


Vor- und Zuname des Zeugen

Polizeipräsidium Bochum
Polizeiinspektion Herne

- ☒ Beschuldigtenvernehmung
☐ Personalbogen
☐ Bericht
- ☒ Erwachsener
☐ Heranwachsender
☐ Jugendlicher
☐ Ausländer
☐ Ausländerbehörde
☐ Jugendamt

Ort / Datum / Uhrzeit

Herne, den 03.05.2000

PHW	Personengebundene Hinweise (z.B. Ausbrecher, gewalttätig *)		
PFN	Familienname / Ehefrau u. Namensbestandteile MÜLLER	PGB	Geburtsname Müller
PSN	Sonstige Namen	PVN	Vorname(n) Peter
PGD	Geburtsdatum (TTMMJJJJ) 07.08.1952	PNA	Geburtsort (Kreis / Land) Krefeld
PMW	Geschlecht männlich	PGO	Staatsangehörigkeit deutsch
PAT	Akademische Grade	PSP	Spitzname
ZLA	Wohnort (ggf. Aufenthaltsort) Kaiserstraße 78 44623 Herne	ZVL	Familienstand ledig
		ZAT	Beruf Justizbeamter (JHWM)
Beide Elternteile / Vormund mit Geburtsnamen und Anschrift			
BPA-/Pass-Nr., Ausstellungsdatum, Behörde			
**)			
Arbeitgeber (bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes auch Anschrift der Dienststelle) Land NRW, Amtsgericht Herne			
Einkommensverhältnisse a) z.Zt. der Tat b) gegenwärtig		Erwerbslos seit	
Ehrenämter			
Vor- u. Familiennamen des Ehegatten (auch Geburtsname) / Wohnung des Ehegatten bei versch. Wohnung / Beruf			
Kinder (Anzahl und Alter)			
Pfleger / Bewährungshelfer (Vor- und Zuname, Beruf, Wohnung)			
Schule (bei Studierenden auch Anschrift der Hochschule)			
Familienverhältnisse (Anzahl der Geschwister - Alter - Eltern geschieden)			
Noch zur Person: (u.a. Vorstrafen nach eigenen Angaben; nicht einberufener Wehrpflichtiger oder Zivildienstpflichtiger, Angehöriger der Streitkräfte, Dienstgrad, Zivildienstpflichtiger, Dienststelle mit Anschrift; Ausländer: Aufenthaltserlaubnis / Ausstellungsbehörde; Festnahme / Verbleib; zuständige StA / AZ.)			
 Gerni, POM			

(Unterschrift bei Personalbogen)

*) polizeiinterner Hinweis / kein Bestandteil der Vernehmung

**) Bei Beschuldigtenvernehmung hier Belehrung (Vordruck NW Pol 11a) vornehmen
NW POL 11

Polizeipräsidium Bochum
 Polizeiinspektion Herne
 Tgb.-Nr. V5176986787K

Marl, 03.05.2000

1. Vermerk:

Dem Beschuldigten

Peter Müller

wurde Gelegenheit zum rechtlichen Gehör gegeben.

Er wurde für Mittwoch, den 05.04.2000, um 14.00 Uhr zur Polizeiinspektion Herne vorgeladen. Herr Müller ist nicht erschienen. Zunächst wurden keine Hinderungsgründe mitgeteilt. Am Donnerstag, den 06.04.2000, wurde Herr Müller an der Bushaltestelle „Rathaus“ in Herne angetroffen. Mit ihm wurde bezüglich der Vorladung Rücksprache genommen. Herr Müller teilte mit, dass er sich „geschämt“ habe. Er würde aber am selben Tag anrufen und einen neuen Termin vereinbaren. Ein entsprechender Anruf blieb indes aus.

Daraufhin wurde am Dienstag, dem 11.04.2000, erneut fernmündlich mit Herrn Müller Rücksprache genommen (beim AG Herne). Es wurde ein Termin für Mittwoch, den 26.04.2000, um 11.00 Uhr, zwecks verantwortlicher Vernehmung vereinbart. Am Dienstag, dem 25.04.2000, teilte Herr Müller mit, dass er den Termin nicht wahrnehmen möchte, da er am Donnerstag, dem 27.04.2000, zunächst mit Herrn Rechtsanwalt Stöcker Rücksprache nehmen möchte.

Bis zum 03.05.2000 ist hier keine Nachricht beim Unterzeichner eingegangen. Mit Herrn Rechtsanwalt Stöcker wurde am 03.05.2000 persönlich Rücksprache genommen. Herr Stöcker teilte mit, dass er von Herrn Müller nicht mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt worden sei.

Es wird diesseits davon ausgegangen, dass Herr Müller sich zu den Tatvorwürfen nicht äußern möchte. Ein Personalbogen wurde angelegt.


2. Urschriftlich mit Akten
der Staatsanwaltschaft Bochum

44782 Bochum

nach Erledigung zurückgesandt.

Staatsanwaltschaft Bochum		
Eing. 08. MAI- 2000		
<input checked="" type="checkbox"/> Anl.	<input checked="" type="checkbox"/> Bd.	<input checked="" type="checkbox"/> Akt.

Im Auftrag:


 Gorn, POM

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist vorzuschlagen.

Sollten weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten werden, so ist davon auszugehen, dass diese durchgeführt worden sind und keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben.

Im Falle einer Anklage braucht der Anklagesatz nicht formuliert zu werden. Es genügt die Angabe, vor welchem Gericht wegen welcher Straftaten Anklage erhoben werden soll. Entsprechendes gilt bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls; ein Vorschlag zum Strafmaß ist dabei entbehrlich.

Im Falle einer Einstellung genügt der zusammenfassende Vorschlag, warum und aufgrund welcher Vorschriften das Verfahren eingestellt werden soll.

Die Bundeszentralregisterauszüge liegen vor und weisen für den Beschuldigten keine Eintragung aus.

Straftaten außerhalb des StGB und Ordnungswidrigkeit sind nicht zu prüfen.

Die nicht abgedruckten Anlagen lagen dem Schreiben des Direktors des Amtsgerichts Herne vom 22.02.2000 bei. Der Inhalt der Anlagen ist in dem Schreiben richtig wiedergegeben.

Dem Aktenvortrag liegt das Ermittlungsverfahren Az. 9 Js 348/97 der Staatsanwaltschaft ~~Krefeld~~ zugrunde. Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist **keine Musterlösung**. Die Hinweise sollen lediglich die Probleme aufzeigen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe als Aktenvortrag auszugeben.

A. Der Beschuldigte Müller (M) dürfte sich im ersten Tatkomplex, dem Geschehen im Superkauf, eines **Diebstahls geringwertiger Sachen gemäß §§ 242 I, 248a StGB** hinreichend verdächtig gemacht haben. Er dürfte für ihn fremde bewegliche Sachen, nämlich das Deo und die Körperlotion weggenommen haben, indem er diese aus dem Regal genommen und in seine Jackeninnentasche gesteckt hat. Dieser Sachverhalt dürfte mit hinreichender Sicherheit aufgrund der Aussage der Zeugin Pietsch (P) und der von M unterschriebenen Ladendiebstahlsanzeige feststehen. Mit dem Einstecken der Gegenstände in Jacke hat M den Gewahrsam der Superkauf GmbH (S-GmbH) bzw. ihrer Angestellten gebrochen und eigenen Gewahrsam begründet; damit dürfte die Tat vollendet sein (vgl. Tröndle/Fischer, StGB⁴⁹, § 242 Rn. 13 ff.).

Dass M dabei von P beobachtet wurde, dürfte nicht entgegenstehen, da weder die Tat heimlich geschehen muss noch im Dulden der Wegnahme ein tatbestandausschließendes Einverständnis zu sehen sein dürfte (vgl. Tröndle/Fischer, StGB⁴⁹, § 242 Rn. 13, 17).

M dürfte vorsätzlich, in der Absicht, sich die Gegenstände rechtswidrig zuzueignen, rechtswidrig und schuldhaft gehandelt haben. Der gemäß § 248a StGB erforderliche Strafantrag dürfte von der geschädigten S-GmbH form- und fristgemäß gestellt worden sein.

B. Im zweiten Tatkomplex (Geschehen im Amtsgericht) dürfte sich M eines **Verwahrungsbruches gemäß § 133 I, III StGB** hinreichend verdächtig gemacht haben, indem er das Schreiben der RAe Wulle vom 27.01.2000 an sich genommen hat. Dieser Sachverhalt dürfte aufgrund des Vermerks des Geschäftsleiters, der in einem gerichtlichen Verfahren als Zeuge vernommen werden könnte und dessen Aussage mit den objektiven Tatsachen (Schreiben der Rechtsanwälte, Vollstreckungsverfahren) im Einklang steht, mit hinreichender Wahrscheinlichkeit feststehen. M, der sich zu dem Vorwurf nicht eingelassen hat, dürfte damit ein Schriftstück, das sich in dienstlicher Verwahrung befand, der dienstlichen Verfügung entzogen haben.

Dienstlich ist die Verwahrung, wenn sie durch eine Behörde so ausgeübt wird, dass sich in dem Gewahrsam die besondere dienstliche Herrschafts- und Verfügungsgewalt äußert, die den jeweiligen staatlichen Aufgaben der verwahrenden Dienststelle entspringt. Ohne Bedeutung ist der Ort des Gewahrsams, der Wert des Gegenstandes, die Eigentumsverhältnisse und die Zugänglichkeit für Dritte (Tröndle/Fischer, StGB⁴⁹, § 133 Rn. 3).

Mit dem Eingang in der Poststelle dürfte sich das Schreiben der RAe Wulle in dienstlicher Verwahrung befunden haben. Mit der Ansichnahme durch M war es der dienstlichen Verfügung entzogen. Das Schreiben dürfte dem M auch in seiner Eigenschaft als Amtsträger (§ 11 I Nr. 2 StGB) zugänglich geworden sein. M dürfte vorsätzlich, rechtswidrig und schuldhaft gehandelt haben.

C. Zugleich dürfte sich M einer **Urkundenunterdrückung gemäß § 274 I Nr. 1 StGB** hinreichend verdächtig gemacht haben. Das Schreiben der RAe Wulle vom 27.01.2000 dürfte eine dem M nicht gehörende Urkunde darstellen, nämlich eine verkörperte menschliche Gedankenerklärung - die Nachfrage nach dem Vollstreckungsauftrag -, die den Absender erkennen lässt sowie bestimmt und geeignet ist, über die Tatsache der Nachfrage Beweis zu erbringen (vgl. Tröndle/Fischer, StGB⁴⁹, § 267 Rn. 2). Diese Urkunde dürfte M vorsätzlich und in der Absicht, einem anderen Nachteil zuzufügen, rechtswidrig und schuldhaft unterdrückt haben.

Ein Unterdrücken liegt vor, wenn - wie vorliegend - die Urkunde der Benutzung des Berechtigten zu Beweis Zwecken entzogen wird (Tröndle/Fischer, StGB⁴⁹, § 267 Rn. 2).

Der beabsichtigte Nachteil dürfte in der Verhinderung bzw. Verzögerung der Zwangsvollstreckung gegen M zu sehen sein. Die Absicht des M dürfte sich mit hinreichender Sicherheit bereits aus dessen Verhalten ergeben.

D. Dagegen dürfte sich M nicht eines **Diebstahls gemäß § 242 I StGB** hinreichend verdächtig gemacht haben. Zwar dürfte er das Schreiben, eine für ihn fremde Sache, vorsätzlich weggenommen haben. Es dürfte indes an der Absicht rechtswidriger Zueignung fehlen.

Zueignung ist die Begründung von Eigenbesitz unter Ausschluss des Berechtigten mit dem Willen, wie ein Eigentümer über die Sache zu verfügen, sie insbesondere wirtschaftlich zu nutzen (Tröndle/Fischer, StGB⁴⁹, § 242 Rn. 18).

Vorliegend dürfte es M wohl nur darauf angekommen sein, die berechnete Behörde vom Besitz auszuschließen, um eine Zwangsvollstreckung zu verhindern, nicht jedoch auf eine eigene Verfügungsgewalt an dem Schreiben.

E. Hinreichende Anhaltspunkte, dass M auch den Vollstreckungsauftrag vom 13.08.1999 an sich genommen hat, dürften nicht vorliegen. Insoweit dürften die objektiv vorhandenen Tatsachen nicht ausreichen, eine Wahrscheinlichkeit für eine Verurteilung des M zu begründen.

F. Konkurrenzen: Wegen der von M im 2. Tatkomplex verwirklichten Straftatbestände dürfte Tateinheit gemäß § 52 StGB vorliegen. Der im 1. Tatkomplex verwirklichte Diebstahl dürfte dazu in Tatmehrheit (§ 53 StGB) stehen.

G. Es dürfte gemäß § 25 Nr. 2 GVG Anklage vor dem Amtsgericht in Herne – Strafrichter – zu erheben sein.